

Hessen

Landespolitik

Steilflüge, Abstürze und Kehrtwenden

Die Grünen sind die landespolitischen Gewinner des Jahres. Sowohl in der Diskussion um den Ausstieg aus der Atomkraft als auch im Streit um den Fluglärm nach dem Bau der neuen Landebahn können sie beherzt "Wir haben es immer gewusst" sagen.

Die Hessen-Bilanz 2011: Die neue Landebahn ist schon unüberhörbar da, die Holbein-Madonna geht, auch die Atomkraft soll das Land verlassen, und zumindest bei den Umfragewerten sind die Grünen in der Landespolitik im Kommen.

Es war das Jahr der Grünen in Hessen. Beflügelt vom Ausstieg aus der Atomenergie, der Diskussion über die Energiewende und der Debatte über die Folgen des Flughafenausbaus in Frankfurt, stieg die Partei in den Ende des Jahres veröffentlichten Umfragen im Steilflug nach oben. Bis zu 20 Prozent der Wählerstimmen prophezeien die Auguren der längst über die thematische Eindimensionalität hinausgewachsenen Ex-Öko-Partei, und ihr Landesvorsitzender und Fraktionschef im Landtag, Tarek Al-Wazir, ist mittlerweile gar der beliebteste Politiker zwischen Darmstadt und Kassel.

Wir haben's doch schon immer gewusst, kann Al-Wazir in Sachen Kernenergie und Flughafen rückblickend mit einiger Berechtigung sagen. Das stillgelegte südhessische Atomkraftwerk Biblis wird nicht einmal mehr als sogenannte Kaltreserve beim Atomausstieg gebraucht. Die Meiler A und B sind nach der Katastrophe von Fukushima und der von der Bundesregierung beschlossenen Kehrtwende in der Energiepolitik vom Netz gegangen - ohne dass deshalb die Lichter ausgegangen wären. Die Grünen, die stets argumentiert hatten, dass Hessen auch ohne Atomstrom zurechtkommen könne, dürfen sich bestätigt fühlen.

Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) macht das Beste aus dem von ihm ungewollten Atomausstieg: Er beruft einen hessischen Energiegipfel ein, bei dem sich Vertreter von Landtagsfraktionen, Industrie, Gewerkschaften, Umweltverbänden und Kommunen Mitte November auf die Grundzüge einer neuen Energiepolitik einigen. Bis zum Jahr 2050 soll die Versorgung mit Strom und Wärme in Hessen möglichst vollständig aus erneuerbaren Energien sichergestellt werden. Zwei Prozent des Landesterritoriums sind als Vorrangfläche für Windkraftanlagen geplant, was nach Einschätzung von Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) heißt, dass in Hessen bis zu 1500 Rotoren zusätzlich zu den bereits existierenden rund 700 aufgestellt werden können. Nur die Linkspartei lehnt das Abschlusspapier des Gipfels ab, weil ihr die Beschlüsse nicht ehrgeizig genug erscheinen.

Außen vor waren die Linken zuvor auch schon bei der Debatte über die Einführung einer Schuldenbremse in die Landesverfassung, die sie als einzige der im Landtag vertretenen Parteien ablehnen. Bei der Kommunalwahl im März stimmen aber mehr als zwei Drittel der Wähler für ein Verbot der Neuverschuldung vom Jahr 2020 an - für Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) eine enorme Herausforderung. Ansonsten

dürfen sich auch bei dieser Wahl vor allem die Grünen als Sieger fühlen: Mit 18,3 Prozent erreichen sie das beste Kommunalwahlergebnis ihrer Geschichte. Die CDU wird mit 33,7 Prozent trotz Verlusten abermals stärkste Partei, und die SPD kommt auf 31,5 Prozent. Die Liberalen fallen auf 3,9 Prozent zurück, die Linkspartei erhält 2,7 Prozent.

Apropos FDP: Die Versuche von Landeschef Jörg-Uwe Hahn, sich die Welt in Hessen schönzureden, werden durch die Umfrageergebnisse konterkariert. Obwohl die schwarz-gelbe Regierungskoalition stabil und verlässlich arbeitet, machen die Wähler keinen Unterschied zwischen Liberalen in Hessen und im Bund. Gerade einmal drei Prozent sagen die Meinungsforscher noch voraus; damit wäre die FDP im Landtag nicht mehr vertreten. Ebenso wenig im Übrigen wie die Linkspartei, der der gleiche entmutigende Wert prophezeit wird.

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, denkt sich Thorsten Schäfer-Gümbel. Der SPD-Landesvorsitzende und Fraktionschef im Landtag lässt sich schon Anfang Oktober zum Spitzenkandidaten der SPD für die frühestens Ende 2013 anstehende Landtagswahl küren. Die Chancen für ihn stehen nicht schlecht: Zwei im Dezember veröffentlichte Umfragen prophezeien seinem rot-grünen Wunschbündnis die absolute Mehrheit. Aus dem tiefen Tal der Tränen, in das die hessische SPD nach dem Scheitern Andrea Ypsilantis Anfang 2009 gefallen war, hat sich die Partei unter der Führung des 42 Jahre alten Mannes aus Lich wieder herausgearbeitet. Im Kampf um den Posten des Ministerpräsidenten wird Schäfer-Gümbel sich mit einem anderen Mittelhessen messen müssen: Der gerade 60 Jahre alte gewordene Amtsinhaber und gebürtige Gießener Bouffier lässt keinen Zweifel daran, dass er für die CDU ins Rennen gehen will.

Die Eröffnung der neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen Mitte Oktober und die folgenden Proteste lärmgeplagter Menschen sorgen parteiübergreifend für Einsicht: Das dank einer Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs derzeit geltende Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr sollte bestehen bleiben, meinen SPD, FDP, Grüne und Linkspartei, und in der CDU deutet der Innenminister und Frankfurter Oberbürgermeisterkandidat Boris Rhein einen ähnlichen Meinungsumschwung an. Die Grünen erinnern daran, dass sie schon zu Beginn der Debatte über den Flughafenusbau, vor zehn Jahren, vor einer unzumutbaren Lärmbelastung gewarnt hätten.

Vor dem Hessischen Staatsgerichtshof gewinnen die Oppositionsfraktionen SPD und Grüne zwei Klagen, nachdem ihre Minderheitenrechte in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen verletzt wurden. Weil Ministerpräsident Bouffier und Innenminister Boris Rhein (CDU) im Untersuchungsausschuss zur Besetzung des Chefpostens bei der hessischen Bereitschaftspolizei von einem Zeugen der Lüge bezichtigt werden, müssen sich die beiden Politiker im nächsten Jahr wohl noch einmal vor den Abgeordneten rechtfertigen. Bouffier wird vorgeworfen, er habe gegen Beamtenrecht verstoßen, als er im Jahr 2009 einen Parteifreund zum Präsidenten der Bereitschaftspolizei ernannte.

Der zweite Untersuchungsausschuss des Landtags, der herausfinden soll, ob vier ehemalige Frankfurter Steuerfahnder systematisch gemobbt und schließlich mit falschen psychiatrischen Gutachten zwangspensioniert wurden, weil sie der Landesregierung vorgeworfen hatten, reiche Steuerflüchtlinge zu schonen, plätschert hingegen einem unspektakulären Ende zu. Der Verdacht der Opposition, der frühere Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) habe Einfluss auf das Schicksal der Steuerfahnder genommen, hat sich jedenfalls als haltlos erwiesen.

RALF EULER

Bildunterschrift: Fingerzeig: Tarek Al-Wazir und Hessens Grüne sind im Umfragehoch.

Foto dapd

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main